

## **Niederschrift**

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
am Dienstag, den 22.05.2018 um 17:00 Uhr  
Mehrgenerationenhaus  
Geschäftsstelle der Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V. (GefAS e.V.)  
Fichtenauer Weg 53  
15537 Erkner

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr                      Sitzungsende: 20:51 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

### **I.Öffentlicher Teil:**

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 06.03.2018
4. Vorstellung und Besichtigung des Mehrgenerationenhauses
5. Hausärztliche Versorgung im Landkreis Oder-Spree allgemein und Möglichkeiten einer verbesserten ambulanten medizinischen Versorgung
6. Förderung integrationsrelevanter und konfliktverhütender Maßnahmen im Landkreis Oder-Spree  
Antrag: 3.1/DIE LINKE/2018
7. Grundsicherung im Alter oder bei voller Erwerbsminderung
8. Bericht des Kreissenioresenbeirates (KSB) über die Arbeit und Wichtigkeit des Beirates
9. Bericht über die Aufgaben und Arbeit des Büros der Beauftragten
10. Informationen zur Integration von Geflüchteten
11. Information über Entwicklung des Sozialpsychiatrischen Dienstes

### **I.Öffentlicher Teil:**

#### **Zu TOP 1            Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende, **Herr Papendieck**, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

***zugestimmt***

#### **Zu TOP 2            Bestätigung der Tagesordnung**

Es werden keine Einwände oder Zusätze vorgebracht. Die Tagesordnung gilt somit als bestätigt.

***zugestimmt***

### **Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 06.03.2018**

Auch auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Änderungsvorschläge oder –wünsche zum Protokoll der Fachausschusssitzung vom 06.03.2018. Das Protokoll gilt somit als bestätigt.

*zugestimmt*

### **Zu TOP 4 Vorstellung und Besichtigung des Mehrgenerationenhauses**

Die Leiterin des Mehrgenerationenhauses, **Frau Preilowski**, stellt dieses anhand einer Power-Point-Präsentation vor (siehe Anlage). Im Anschluss findet von 17:25 Uhr bis 18:05 Uhr ein Rundgang durch das Objekt statt. Nach dem Rundgang erfragt **Herr Papendieck**, wann Neuigkeiten bezüglich des Verkaufes des Hauses zu erfahren wären. Hierzu erklärt **Herr Unger**, dass die GefAS sich als Bieter an der Ausschreibung beteiligt habe und der Zuschlag an den Meistbietenden gehen werde. Die Bietergespräche fänden in den nächsten Tagen statt.

**Herr Hilke** regt an, dass die Stadt Erkner von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen und das Objekt der GefAS beispielsweise über einen Erbpachtvertrag zur weiteren Betreibung überlassen könne und erfragt, ob hierzu Gespräche mit der Stadt geführt worden wären. **Herr Unger** erklärt, dass dies erfolgt sei und die Stadt Erkner sich auch als Bieter beteiligt habe.

*zur Kenntnis genommen*

### **Zu TOP 5 Hausärztliche Versorgung im Landkreis Oder-Spree allgemein und Möglichkeiten einer verbesserten ambulanten medizinischen Versorgung**

**Herr Stelle**, Amtsleiter Gesundheitsamt - Bereich Organisation und Personal, erläutert die Zuständigkeit der Kassenärztlichen Vereinigung und stellt die beiden Vertreterinnen der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, Frau Rettkowski und Frau Kietz vor. **Frau Rettkowski**, Sachgebietsleiterin Qualitätssicherung und Sicherstellung, beginnt mit der Darlegung der Fakten zur Entwicklung der ambulanten medizinischen Versorgung im Land Brandenburg (siehe Anlage). Grundlegend sei der demographische Wandel auch in der Ärztelandschaft angekommen. Vermehrt gingen Ärzte in den Ruhestand, ohne dass die Nachfolge gesichert sei. Schon jetzt sei ein großer Teil der praktizierenden Ärzte über 55 Jahre alt, mehr als ein Drittel sogar schon jenseits des 60. Lebensjahres. Nicht nur bei den Hausärzten würden sich Probleme bei der Nachfolge ergeben, auch im Bereich der niedergelassenen Fachärzte sei dieses Problem bereits angekommen. Als Beispiel führt Frau Rettkowski den Fachbereich Dermatologie an. Hier benennt sie als weitere Ursache für den zukünftigen Mangel an Hautärzten die fehlenden Ausbildungsplätze in Krankenhäusern, die Bestandteil der Facharztausbildung seien.

Des Weiteren erwähnt sie die Mangelversorgung an Hausärzten in der Region um Eisenhüttenstadt. **Frau Freninez** äußert den Verdacht, dass diese Region absichtlich abgehängt wurde. Hierzu erklärt **Frau Rettkowski**, dass die Kassenärztliche Vereinigung aufgrund des fehlenden Interesses von Ärzten, sich im Raum Eisenhüttenstadt niederzulassen, großzügige Förderungen für die Übernahme oder Eröffnung einer Praxis in dieser Region bieten würde. Anschließend erläutert sie die Versorgungssituation im Landkreis Oder-Spree. Im Zuge dessen erklärt sie auch, wie die Bedarfsplanung in der ambulanten medizinischen Versorgung funktioniert. Im Anschluss erläutert **Frau Kietz**, Mitarbeiterin Qualitätssicherung und Sicherstellung, die Maßnahmen der Sicherstellung in Form von finanziellen Förderungen.

**Herr Hilke** erfragt, wie die Reaktionen der Universitäten auf den erhöhten Bedarf an Studienplätzen aussehen würden. Hierauf antwortet **Herr Stelle**, dass durchaus genügend Ärzte ausgebildet würden, es gelinge nur nicht, diese in die Versorgungsmedizin zu bringen. 50% der Absolventen kämen nicht in der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung an. Somit bilde Deutschland auf Kosten der Steuerzahler für die Schweiz, Skandinavien und andere Länder sowie die Pharmaindustrie Mediziner aus. Dies begründet er mit den ungünstigen Rah-

men- und Arbeitsbedingungen und den Erwartungen von besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Work-Life-Balance) der jungen Ärzte. Hier könnten aber Kommunen und Landkreise gegensteuern, indem sie beispielsweise als Arbeitgeber wirksam würden und eigenständig Medizinische Versorgungszentren einrichten würden.

**Frau Dr.-Ing. Böger** erfragt, warum Projekte und Konzepte zur Digitalisierung und Telematik wie beispielsweise Rollende Arztpraxis oder Online- und Tele-Sprechstunden, die bereits seit 30 Jahren existierten, nicht umgesetzt würden. Hierzu betont **Herr Stellke**, dass das bestehende Fernbehandlungsverbot erst vor kurzem beim letzten Deutschen Ärztetag erstmalig teilweise gelockert worden sei.

**Herr Papendieck** fasst zusammen, dass die Kassenärztliche Vereinigung die Problemregionen Eisenhüttenstadt und Beeskow auf dem Schirm habe und Maßnahmen ergreife, um die ärztliche Versorgung dort sicher zu stellen.

**Herr Papendieck** bedankt sich und verkündet die Streichung des TOP 10 und 11.

### **zur Kenntnis genommen**

#### **Zu TOP 6 Förderung integrationsrelevanter und konfliktverhütender Maßnahmen im Landkreis Oder-Spree Antrag: 3.1/DIE LINKE/2018**

**Herr Unger**, Geschäftsführer der GefAS e.V., nimmt Stellung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Er berichtet, dass die GefAS die Tafeln in Erkner, Fürstenwalde, Storkow und Beeskow als integrative und aktivierende Projekte führt. So kämen beispielsweise die Mitarbeiter der Schuldner- und Sozialberatung in die Räume der Tafeln und suchten das Gespräch mit den Besuchern. Durch zahlreiche Projekte und Informationsveranstaltungen solle das gegenseitige Verständnis zwischen Deutschen und Zugewanderten sowie die Integration der Zugewanderten in die deutsche Gesellschaft gefördert werden. Ausländische Besucher der Tafeln hielten sich oft nicht an die Regeln (z.B. in der Schlange hinten anstellen), wären oft laut und in ihrer Gestik auffällig. Auch hätten die Männer oft keinen Respekt gegenüber den meist weiblichen Hilfskräften, weshalb sie deren Anweisungen nicht befolgten. Zusätzlich kämen ausländische Besucher aus anderen Einzugsbereichen, die man zuliebe des Sozialen Friedens nicht abweisen wolle. All dies würde deutsche Besucher ängstigen und vom Aufsuchen abhalten, wodurch der Anteil der deutschen Besucher erheblich gesunken sei und in letzter Zeit vorwiegend ausländische Besucher zu den Tafeln kämen. Weiterhin berichtet er, dass die GefAS die Tafeln und die angegliederten Projekte vorrangig durch Ehrenamtliche betreibe. Aufwandsentschädigungen für diese Unterstützer und weitere Fördermittel zur Deckung der Finanzierungslücken wären hilfreich.

**Frau Angolini**, Geschäftsführerin der GEM GmbH, erklärt, dass die Probleme mit Asylbewerbern wie sie die GefAS habe, bei der Tafel in Eisenhüttenstadt gar nicht zum Tragen kämen, da die GEM ein anderes System anwende. Sie stellt die Leiterin der Tafel Frau Badorrek vor und übergibt das Wort an diese. **Frau Badorrek** berichtet, dass die Tafel in Eisenhüttenstadt über Arbeitskräfte aus „1,0 €“-Jobs, Bundesfreiwilligendienst und Soziale Teilhabe betrieben würde. Sie meint, die finanziellen Probleme betrafen die Tafel in Eisenhüttenstadt genauso wie alle anderen Tafeln, aber solche Probleme mit Asylbewerbern wie die GefAS habe die GEM gar nicht, da hier ein anderes System genutzt werde. An die registrierten Bedürftigen und Bedarfsgemeinschaften würden Abholtermine ausgereicht und alles werde entsprechend vorgepackt. Durch das Vorpacken bekämen alle, der erste wie der letzte in der Schlange, dieselbe Menge und Zusammenstellung an Waren. Dadurch käme es zu keinen Drängeleien, Streitereien oder Diskussionen und die Ausgabe sei geregelter und entspannter als bei anderen Tafeln. Auch habe sich dadurch der Anteil der deutschen Besucher nicht so rapide verringert. Der Anteil der ausländischen Besucher läge bei etwa 10%.

**Herr Hilke** wirft ein, dass auch die Abgeordneten zum Thema zu Wort kommen sollten.

**Herr Papendieck** richtet das Wort an Herrn Voß als Vertreter der Fraktion DIE LINKE und erfragt, wie es zu der beantragten Summe in Höhe von 40.000 € gekommen sei.

**Herr Voß** erklärt, dass die Kosten im Vorfeld nicht kalkuliert, sondern für die 5 Tafeln im Landkreis Oder-Spree jeweils pauschal 8000 € angesetzt wurden. Er betont hierbei, dass gleichzeitig auch die Erarbeitung einer entsprechenden Landkreis-Richtlinie beantragt wurde, in deren Rahmen dieses Geld verwaltet werden solle. Ziel sei es gewesen, kurzfristig auf die Vorfälle in Essen zu reagieren und zeitnah einen Antrag in den Finanzausschuss einzubringen.

**Herr Papendieck** fasst zusammen, dass die Kosten also nur geschätzt und als Rahmenbedingung gedacht seien.

**Herr Hilke** erklärt, dass er eine Förderung nur für möglich halte, wenn diese sich auf konkrete Projekte beziehe, die mit Zahlen unterlegt wären und keine Pauschalbeträge „ausgekehrt“ würden. Auch solle dieses Gesamtbudget für alle Betreiber offen stehen und die Mittel über eine konkrete Antragstellung im Rahmen einer Richtlinie abgefordert werden müssen.

**Herr Papendieck** erfragt, ob auch bei der GEM GmbH ein Bedarf an weiteren Fördermitteln vorhanden wäre? Dies bejaht Frau Angolini. Der Sachkostenzuschuss für die Tafel sei seit letztem Jahr bestrichen und somit ergebe sich eine Finanzierungslücke.

**Herr Unger** erklärt, dass sich die Besucher in den Tafeln der GefAS aussuchen dürften, was sie möchten, damit nichts weggeschmissen wird. Auch dürften die Besucher kommen, wann sie möchten. Diese Verfahrensweise resultiere aus den schlechten Erfahrungen, die die GefAS in den Tafeln mit dem Wegwerfen von Lebensmitteln gemacht hätte.

**Herr Papendieck** fasst zusammen, dass ein Budget Sinn mache, sich aber die Ausgabe der Mittel nach dem Bedarf richten müsse. Er stellt fest, dass die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten eine Förderung wolle und übergibt das Wort an den Landrat, damit dieser im Namen der Verwaltung Stellung nehmen könne.

Der Landrat, **Herr Lindemann**, erklärt, dass eine bedarfsgerechte Streuung nötig sei, um dem Gleichheitsgrundsatz gerecht werden zu können. Er betont hierbei, dass das Land, die Kommunen und der Bund über Mittel aus der Grundsicherung bereits die Tafeln fördern würden und daher eine weitere Ausgabe von Fördermitteln nur bei nachgewiesenen Finanzierungslücken richtig wäre. Im Bereich der Ausgabe der Bundesmittel für die Förderung der Tafeln sei der Landkreis zudem gegenüber dem Bundesrechnungshof rechenschaftspflichtig.

**Herr Hilke** bemerkt, dass auch der Caritasverband ein ähnliches Angebot in Form des CARIsatt-Ladens in Fürstenwalde betreibe. Er regt an, aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE heraus, einen Arbeitsauftrag zur Erarbeitung eines Entwurfes zur Fördermöglichkeit an die Kreisverwaltung zu richten.

Die anschließende Abstimmung ergibt eine **einstimmige Befürwortung** des Arbeitsauftrages vonseiten der Abgeordneten.

**Frau Zarling** fragt nach, ob auch der CARIsatt-Laden in Fürstenwalde mit in die Betrachtungen aufgenommen werden soll. Die Nachfrage wird von den Abgeordneten bejaht.

***einstimmig zugestimmt***

## **Zu TOP 7      Grundsicherung im Alter oder bei voller Erwerbsminderung**

**Frau Lauke**, Leiterin des Sozialamtes, berichtet zum Thema Grundsicherung im Alter oder bei voller Erwerbsminderung anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage). Es werden keine Fragen gestellt.

***zur Kenntnis genommen***

**Zu TOP 8 Bericht des Kreissenorenbeirates (KSB) über die Arbeit und Wichtigkeit des Beirates**

Der Vorsitzende des Kreissenorenbeirates, **Herr Karbe**, berichtet über die Arbeit und die Wichtigkeit des Beirates (siehe Anlage). Es werden keine Fragen gestellt.

*zur Kenntnis genommen*

**Zu TOP 9 Bericht über die Aufgaben und Arbeit des Büros der Beauftragten**

Die Mitarbeiterinnen des Büros der Beauftragten, **Frau Schokat** und **Frau Haase**, berichten über die Aufgaben und die Arbeit des Büros der Beauftragten (siehe Anlage).

Der Landrat **Herr Lindemann** erläutert, dass die von ihm anvisierte Änderung in der Hauptsatzung zur Trennung der Aufgabenbereiche der Beauftragten leider keine Zustimmung gefunden habe.

Nach seiner Einschätzung sei das komplexe Aufgabenportfolio durch eine Beauftragte nicht zu leisten. Er hätte eine Ausländer- und Gleichstellungsbeauftragte, verankert in der Satzung, als ausreichend empfunden.

Gleichzeitig hätte er die Vorsitzenden des Senioren- sowie des Behindertenbeirates politisch gestärkt, indem er ihnen die Funktion der Senioren- bzw. Behindertenbeauftragten übertragen hätte. Zudem würde die Arbeit durch eine Geschäftsstelle in der Verwaltung unterstützt.

Mit der jetzigen Lösung sei **Herr Lindemann** nicht glücklich, da es bei dem komplexen Aufgabenfeld der Beauftragten bliebe.

**Herr Hilke** widerspricht dem insoweit, dass er einen direkten Ansprechpartner in der Verwaltung unerlässlich fände. Er schlägt vor, eine Stellvertreterregelung zu installieren. Wenn die Mitarbeiterstellen im Büro der Beauftragten entgeltlich aufgewertet und bezüglich der Kompetenzen erweitert würden, so meint er, könnte die Beauftragte gezielter entlastet und ggf. vertreten werden.

**Frau Freniez** sieht Gefahr, wenn die Beauftragung an Beiräte abgegeben wird, da sich ein wichtiges politisches Amt hierdurch in das Ehrenamt verlagern würde.

Auf Nachfrage von **Herrn Papendieck** ergänzt **Herr Hilke** zu seinem Vorschlag, dass die jetzige Satzung die personelle Ausstattung des Büros der Beauftragten offen ließe, wodurch eine personelle Verstärkung der Beauftragten auf Mitarbeiterebene möglich wäre.

**Herr Lindemann** äußert sich positiv über den Vorschlag und sichert zu, ihn in der Verwaltung abprüfen zu lassen.

Der Vorsitzende, **Herr Papendieck**, verkündet noch einmal die Vertagung von TOP 10 und 11 aufgrund der fortgeschrittenen Stunde. **Frau Freniez** und **Herr Hilke** regen aufgrund der vermehrt vorkommenden langen Sitzungen an, Zwischensitzungen in Erwägung zu ziehen, um eine Verteilung der Themen auf mehrere Sitzungen und hierdurch eine Verkürzung der jeweiligen Sitzungsdauer zu erreichen.

**Frau Eichmann** spricht sich für Pausen aus, wenn lange Sitzungen nicht vermieden werden könnten. Hierzu erklärt die zuständige kommissarische Dezernentin, **Frau Zarling**, dass es aufgrund der Aufträge an die Verwaltung nicht anders möglich war.

Der Vorsitzende versichert, diese Anregungen mitzunehmen und verabschiedet die Anwesenden.

*zur Kenntnis genommen*

**Zu TOP 10      Informationen zur Integration von Geflüchteten**

***Abgesetzt***

**Zu TOP 11      Information über Entwicklung des Sozialpsychiatrischen Dienstes**

***Abgesetzt***

Gez.

Mathias Papendieck

Vorsitzender des  
Ausschusses für Soziales und  
Gesundheit

Gez.

Magrit Budai

Schriefführer/in